

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 419.]

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1,60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4084 a, 8. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 269. Mittwoch, den 17. November 1897. 4. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Des Posttages wegen erscheint die nächste Nummer des „Lübecker Volksbote“ erst am Donnerstag Abend.

Politische Rundschau. Deutschland.

Wie wird das Reichstagspräsidium in Zukunft zusammengesetzt sein? Das ist eine Frage, welche augenblicklich die Blätter beschäftigt. So schreibt die „Frankf. Zeitung“:

Der gegenwärtige Reichstag, der am 30. November zu seiner letzten Session zusammentritt, hatte in den beiden ersten Sessionen seiner Legislaturperiode sich ein konservativ-ultramontan-nationalliberales Präsidium gegeben, die Herren v. Ledeboer, Frhr. v. Buol und Dr. Bülckin. Dieses Präsidium entsprach nicht den Mehrheitsverhältnissen des Reichstages; denn nach diesen, so unklar und verschieden die Kombinationen im Uebrigen sind, hätte das Centrum als die weitaus stärkste Partei den ersten Präsidenten, die Rechte, d. h. Konservative und Reichspartei, den ersten Vizepräsidenten stellen müssen; der zweite Vizepräsident fiel solange den Nationalliberalen als drittstärkster Partei zu, als nicht die Linke, die einschließlic der Sozialdemokratie rund 100 Mitglieder ausmacht, sich zusammenschloß und eine Vertretung im Präsidium verlangte. Daß man damals statt eines ultramontanen Präsidenten den konservativen Herrn v. Ledeboer wählte, beruhte nicht nur auf den persönlich lebenswürdigen Eigenschaften und dem bewährten Präsidialtalent dieses Herrn, sondern es kam darin, wie schon lange, ein Theil von der verwünschten Verschobenheit zum Ausdruck, welcher den Konservativen eine Art historisch begründeten Vorzug vor anderen Parteien einräumt. Man sagt über Bevorzugung des Adels und der Konservativen in der Besetzung staatlicher Aemter; der Reichstag hat aber oft genug sich von ähnlichen Anschauungen lassen lassen und mit Vorliebe adelige konservative Herren an seine Spitze gesetzt. Es scheinen andere Parteien, die wie das Centrum häufig auf den ersten Präsidenten Anspruch hatten, geglaubt zu haben, daß die Ehre und Würde, den Reichstag zu vertreten, ihn namentlich auch dem Kaiser gegenüber zu vertreten, am besten auf den Schultern eines konservativen Herrn ruhe. Als dann in der dritten Session der jetzigen Legislaturperiode, im März 1895 die Mehrheit des Reichstages gegen die Stimmen der Nationalliberalen und Konservativen eine Hulbigung für den Fürsten Bismarck ablehnte, legten die Herren v. Ledeboer und Dr. Bülckin mit mehr theatralischem Aplomb, als es sonst in unserer überaus nüchternen und untheatralischen Volksvertretung üblich ist, ihre Resignation nieder. Sie wollten nicht an der Spitze eines „antinationalen“ Reichstages stehen, „der sich mit Schmach bedeckt habe“, und der sich, wie Herr v. Kardorff als unzweifelhafter Experte bekümmert, „blamirt“ habe. Die geschmähte Mehrheit wählte sich dann das Präsidium Freiherrn v. Buol (Centrum), Schmidt-Eberfeld (freisinnig) und Spahn (Centrum). Trotz aller zum Theil recht ungewöhnlicher Angriffe und Ersehörungen durch die Minderheit hat dieses Präsidium erfolgreich sein Amt verwaltet. So taub, wie ihn die Gegner hinstellen, ist der Freiherr v. Buol nicht; Herr Schmidt hat ansehnliche repräsentative Talente und eine nicht geringe Schlagfertigkeit bei verschiedenen Gelegenheiten entwickelt, und auch Herr Spahn steht seinen Mann. Es geht, es geht ganz gut, es geht auch gut in den unansprechlichen Beziehungen zum Hofe, und die verärgerte Minderheit hat das mit der Zeit selbst einsehen müssen. Sie hat in der nächsten Session keinen Versuch gemacht, das Präsidium des antinationalen, unfehllich blamirten Reichstages wieder an sich zu bringen. Sie hat nur durch Abgabe weißer Zettel bei der Präsidentenwahl demonstriert. Gegen den Freiherrn v. Buol wurden 58, wahrscheinlich nationalliberale und reichsparteiliche Zettel abgegeben; bei der Wahl der beiden anderen Herren 107 resp. 96; da waren noch die Konservativen hinzugekommen. Es werden nun in der Presse Stimmen laut, daß die Konservativen, Antikonservativen und Nationalliberalen zwar den Frhr. v. Buol als ersten Präsidenten lassen, dagegen aber die Stellen der beiden Vizepräsidenten durch einen konservativen und Nationalliberalen besetzen wollen. Die Minderheit vom 23. März 1895 würde also einsehen, daß dieser Reichstag doch nicht so unnational und unfehllich blamirt ist, daß es nicht ehrenvoll und Gewinn sei, in seinem Präsidium zu sitzen. Das wäre ein Zeichen wiedergelehrter ruhiger Einsicht und gleichzeitig einer gewissen Bescheidenheit, die allerdings eine erzwungene ist, denn die Minderheit kann natürlich dem Centrum den ersten Präsidenten nicht wegnehmen, solange dieses nicht will. Sie kann überhaupt die Wiederwahl des bisherigen Präsidiums nicht hindern, wenn sie sich nicht mit dem Centrum verständigt, so daß dieses den Bund mit der Linken, der aus Anlaß der verweigerten Bismarck-Hulbigung zu Stande kam, verläßt und mit den Konservativen paktirt. Da der Reichstag in der letzten Session nicht „nationaler“ war als bisher, sogar ganz „antinationale“ Kriegsschiffe abgelehnt hat, so müßte man, wenn die Nationalliberalen und die Konservativen im Präsidium vertreten sein wollen, und das Centrum darauf einget, vielleicht darin ein Anzeichen erblicken, daß diese Parteien in der bevorstehenden Session an eine Verständigung auf „nationalen“ Gebiete denken, und das nationalste ist augenblicklich die Marine. Man muß sich immer erinnern, daß die Entscheidung über Marinefragen thatsächlich in der Hand des Centrums liegt.

Anderer denkt das Organ der Agrarier, die „Deutsche Tagesztg.“ Sie schreibt: Es würde den thatsächlichen Verhältnissen am besten entsprechen, wenn Dr. Lieber an die Spitze des Reichstages berufen würde. Die Stelle des ersten Vizepräsidenten läme vernünftigerweise dem Abgeordneten Singer zu, als zweiter Vizepräsident wäre dann der unumschränkte Meinherrschender der freisinnigen Volkspartei, Eugen Richter, zu empfehlen. Man mag gegen den Vor-

schlag sagen, was man will, das eine wird man nicht in Abrede stellen können, daß ein Präsidium: Lieber, Singer, Richter die Eigenart des seinem Ende entgegenstehenden Reichstages am besten darstellte.

Die Wahlen werden dem Junkerhochmuth schon die gebührenden moralischen Ohrfeigen einbringen.

Der Reichstagsabgeordnete Arthur Stadthagen hatte sich Sonnabend vor der I. Strafkammer des Landgerichts II zu Berlin wegen Beleidigung zu verantworten. Er ist in dieser Sache seiner Zeit von der Strafkammer des Landgerichts I freigesprochen worden. Das Reichsgericht hob das Urtheil auf und verwies die Angelegenheit zur nochmaligen Verathung an das Landgericht I., das Stadthagen unter Direktor Leonhard's Vorsitz zu einer Gefängnißstrafe von einem Monat verurtheilte. Der Antrag des Staatsanwaltes hatte auf sechs Monate gelautet. Auch dieses Urtheil wurde vom Reichsgericht aufgehoben und die Sache zu anderweitiger Verhandlung an das Landgericht II verwiesen. Der zur Strafkammer gehörige Landrichter Dertel ist i. Z. Mitglied des Magdeburger Gerichts gewesen; da er sich deshalb für befangen erklärt, mußte er durch den Landrichter Schroth vertreten werden. — Der Angeklagte wird beschuldigt, am 11. Oktober 1892 die Mitglieder des Landgerichts zu Magdeburg und den Bürgermeister Reinhard zu Staßfurt beleidigt zu haben. Dies soll in einem Briefe geschehen sein, den der Angeklagte i. Z. an den in Magdeburg angeklagten Parteigenossen Matthies in seiner Eigenschaft als Verteidiger desselben gerichtet hat. Der Brief ist zu einer Zeit geschrieben, als Matthies wegen Verdachts des Meineides in Magdeburg in Untersuchungshaft saß, das Hauptverfahren aber noch nicht eröffnet war. Der Brief ist gerichtsfertig ohne Genehmigung des Angeklagten eröffnet worden, ein Verfahren, welches dem Angeklagten zu lebhaften Beschwerden Veranlassung gegeben hat. In dem Briefe macht der Angeklagte seinem Klienten die Gefährlichkeit seiner Situation trotz seiner Unschuld klar und theilt ihm seine Erfahrungen mit dem Magdeburger Gericht mit. Der Angeklagte machte zunächst formelle Gründe gegen die Zulässigkeit der Verwerthung jenes Briefes als Beweismaterial geltend. Der qu. Brief sei gegen die rechtlichen Normen der Unverletzlichkeit der Eigenthums und des Briefgeheimnisses zurückgehalten worden. Der Richter, der den Brief geöffnet habe, habe wissen müssen, daß er als Verteidiger alle Mal die Deffnung der Briefe, die er an seinen Klienten richte, unterjagt habe. Seine Genehmigung zur Deffnung fehlte. Die Brieföffnung sei eine unbefugte, daran ändere auch die Thatsache nichts, daß Matthies seinerseits die Ermächtigung dazu auf Verlangen erteilt habe, zumal Matthies sich dabei in einer physischen Zwangslage befunden habe, weil seine Ehefrau ihrer Entbindung entgegen sah, ihm die Lektüre entzogen, ja verboten war, an seinen Verteidiger zu schreiben. Aus diesen und anderen formellen Gründen beantragte der Angeklagte ohne Eintritt in die materielle Verhandlung die Einstellung des gegen die Rechts- und Staatsordnung verstoßenden Verfahrens. In materieller Beziehung unterbreitete der Angeklagte dem Gerichtshof einen eventuell zu erhebenden sehr umfangreichen Wahrheitsbeweis, einerseits nach der Richtung hin, daß er in seinem Briefe nur die Magdeburger Geschworenen gemeint habe, die unter Vorsitz des Landgerichts-Direktors Hsenbart getagt haben, andererseits, um aus zahlreichen Einzelvorfällen, unter denen der Fall Peus in erster Reihe steht, die Veredlung der in dem Briefe enthaltenen scharfen und abfälligen Kritik der Magdeburger Gerichtsverhältnisse und des Bürgermeisters Reinhard nachzuweisen. U. a. beantragte Stadthagen die Vernehmung des Schriftstellers Peus und des Landgerichts-Direktors Hsenbart sowie Vorlegung der Strafakten gegen Peus, zum Beweise dafür, daß Peus wegen Majestätsbeleidigung auch zu der unzulässigen Strafe des Ehrverlustes verurtheilt ist, daß Peus trotz der Krankheit seiner Frau erst nach ihrem Tode gegen Kaution entlassen ist und ob der Tod der Frau Peus durch ein Schreiben der Magdeburger Staatsanwaltschaft vom Dezember 1891 beschleunigt worden ist, in welchem ihr mitgetheilt ist, daß die Entlassung ihres Gemahls nicht befürwortet werden könne, weil er eine hohe Strafe zu gewärtigen habe. Ein anderer Antrag des Angeklagten geht dahin, den Rechtsanwalt Morris als Zeugen darüber zu vernehmen, daß in der Strafsache gegen Matthies einer der Geschworenen ihm etwa erklärt hat, Matthies sei allerdings nicht schuldig, aber er sei aus Staßfurt und Sozialdemokrat und ge-

höre deshalb ins Zuchthaus. Durch einige weitere Anträge soll bewiesen werden, daß Landgerichts-Direktor Hsenbart als Vorsitzender nicht zur Sache gehörige Umstände in die Verhandlung hineingezogen und dadurch die Geschworenen beeinflusst habe; ferner, daß Direktor Hsenbart sich bei der Rechtsbelehrung über die Glaubwürdigkeit einzelner Zeugen ausgelassen und unrichtiger Rechtsbelehrung erteilt habe. Die bezüglichen Auslassungen der „Rechtsbelehrung“ giebt Angeklagter im stenographischen Wortlaut wieder. Ferner tritt der Angeklagte den Beweis dafür an, daß den Angeklagten Wesscherowsky und Genossen und Freische und Genossen im Gegenthat zur Rechtsprechung des Reichsgerichts vorläufiger Weise deshalb zur Last gelegt sei, weil sie behauptet hatten, das Wort „miserabel“ sei in einer Rede nur einmal gebraucht, nicht zweimal; sie können sich nicht irren. Ob das Wort einmal oder zweimal gebraucht war, war für jenen Prozeß absolut gleichgültig.

Bezüglich der angeblichen Beleidigung des Bürgermeisters Reinhard beantragt der Angeklagte Vernehmung des Direktors Hsenbart und des Bürgermeisters Reinhard darüber, daß letzterer bei seiner Zeugenvernehmung auf Anfrage des damals als Verteidiger fungirenden Angeklagten Stadthagen ausgesagt hat, er habe sich infolge Einwirkung der Staßfurter Fabrikanten damit einverstanden erklärt, daß seitens derselben bei Entlassung sozialdemokratischer Arbeiter in den Mitteln Unwahrheiten vorgebracht würden, obgleich er selbst den bezüglichen Beschluß für unmoralisch gehalten habe. Ferner tritt der Angeklagte den Beweis dafür an, daß Bürgermeister Reinhard den einzelnen Unternehmern mitgetheilt habe, wer von den Arbeitern Sozialdemokrat sei, daß er zur Ermittlung, ob ein Arbeiter Sozialdemokrat sei, seine polizeilichen Beamten verwendet habe, daß er auch einen Nicht-Sozialdemokraten auf Grund unrichtiger polizeilicher Recherchen als Sozialdemokraten bezeichnet habe, daß er nach diesem Vorkommniß als Anwalt eine Anklage gegen den damaligen Reichstagsabgeordneten Heine vertreten habe, die dem Angeklagten die Behauptung zur Last legte: Die Sozialdemokraten erhielten einen rothen Strich seitens der Behörden. Angeklagter legt die Nummer des „Vorwärts“ vom 27. September 1892 vor, in der einige der von Reinhard an den Unternehmerverband und an einzelne Unternehmer gerichtete schwarze Listen veröffentlicht sind. Der Bürgermeister Reinhard, so stellt Stadthagen ferner unter Beweis, hat gar von Arbeitervereinen eingeforderte Mitgliederlisten Unternehmern abschriftlich mitgetheilt. Das sei ein Verfahren, das ungesetzlich und mit recht von ihm, wie gesehen, benannt sei. Schließlich stellt der Angeklagte zum Beweise dafür, daß das in seinem Briefe ausgesprochene Urtheil auch von anderen getheilt werde, die Thatsache unter Beweis, daß der Schweizer Bundesrath das Ersuchen, einen wegen Meineids seitens der Magdeburger Staatsanwaltschaft verfolgten auszuliefern, abgelehnt habe, weil auf Grund des gesammten Vorgehens der Magdeburger Staatsanwaltschaft und Gerichte gegen Sozialdemokraten angenommen worden sei, daß der Vorwurf des Meineids lediglich aus politischen Gründen erhoben worden sei.

Der Gerichtshof lehnte die Beweisaufnahme ab, weil der Angeklagte in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt und nicht nötig habe, die Wahrheit der behaupteten Thatsachen nachzuweisen. — Staatsanwalt Wenzel hielt die Schutzgrenzen des § 193 für überschritten und beantragte einen Monat Gefängniß, während der Angeklagte ihn freizusprechen und die Kosten der Staatskasse aufzulegen beantragt, weil diese Anklage nur einen Versuch darstelle, das schwierige Amt des Verteidigers beinahe unmöglich zu machen und einen Bruch des Vertrauens herbeizuführen, das zwischen dem Verteidiger und seinem Klienten obwalten müsse.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Herzfeld, beantragte ebenfalls Freisprechung, eventuell sei eine Geldstrafe als ausreichende Sühne anzusetzen. Der Gerichtshof (Vorsitzender Landgerichtsdirektor Garb) verurtheilte den Angeklagten zu 300 Mark Geldstrafe event. 30 Tagen Gefängniß, indem er eine Beleidigung für vorliegend erachtete. Es sei, so führte der Vorsitzende aus, ganz gleichgültig, ob diese Beleidigung zur Kenntniß eines dritten gelangt sei, durch Indiskretion, Geschworenheit oder eine gefehliche Maßregel. Dies könne höchstens

das Strafmaß beeinflussen. Der dem Angeklagten zugebilligte Schutz des § 193 sei durch die Form verletzt, dem Angeklagten seien aber mildernde Umstände zuzubilligen, da er der Meinung war, daß er an einen Klienten und Gesinnungsgenossen einen ganz vertraulichen Brief schrieb, der nicht in dritte Hände kommen sollte.

Der Krieg zwischen den konservativen Antisemiten und den „reinen“ Antisemiten (Ullwardtsch, Ströckerich, Sonnenbergischen Geprägtes wird, nachdem bei der Stichwahl in der Westpreignitz die „reinen“ Antisemiten die Wahl des Kandidaten des auch antisemitischen Konservativen, Herrn von Saldern, durch ihr Abschwenken zum Freisinn hintertrieben haben, immer lebhafter. Die „Konservative Correspondenz“ ist an der sog. „Deutsch-sozialen Reformpartei“ folgende Kritik:

„Die „Reformpartei“ nennt sich „deutsch“ und führt das Wort „national“ kräftig im Munde, wählt aber ein Mitglied der die polnischen Umtriebe begünstigenden Partei. Sie nennt sich „Königsstreue Ordnungspartei“, wählt aber einen Mann, der im Berliner Rathhause für Errichtung eines Denkmals, durch das die Revolution gefeiert werden soll, eintritt. Sie nennt sich „sozial“, wählt aber den Kandidaten einer Partei, die die antisozialste im ganzen Reiche ist. Sie spielt sich als begeisterte Anhängerin des Fürsten Bismarck auf, stellt sich aber zur Verfügung einer Partei, die dem Altreichskanzler die selbstverständliche Ehrung zum achtzigsten Geburtstag im Reichstage sowohl wie im Berliner Rathhause versagt hat und auf den Namen Bismarck Schmähung auf Schmähung häuft. Sie stimmt begeistert der „Politik der Sammlung“ zu, bricht aber in einen für diese Politik gesicherten Wahlkreis ein, um der Opposition zu einem Wahlsiege zu verhelfen. Sie giebt vor, Mittelstandspolitik zu treiben und alle Forderungen des Bundes der Landwirthe zu unterschreiben, votirt aber für einen Beschützer des Börsen-Großhandels und Großmagazinswesens, für den schlimmsten Feind der Agrarbewegung! Eine solche geradezu Ekel erregende Heuchelei muß sich an der Partei selbst rächen, von ihr müssen sich alle ehrlichen und anständigen Antisemiten abwenden.“

Demgegenüber geht der Moniteur der „reinen“ Antisemiten mit den „Verräthern“ an der antisemitischen Sache wie folgt in's Gericht:

„Was Dispreignitz (und Soran) betrifft, so hat Herr Böckler, als man in Westpreignitz (und Bällichau-Krossen) zuerst eintritt, wiederholt in öffentlichen Versammlungen erklärt, daß man nur gegen solche Konservativen vorgehen wolle, die in nationaler oder agrarischer Beziehung unzuverlässig seien, dagegen die Kreise der Herren v. Dallwitz, v. Witz (I) u. c. nicht angreifen werde. Potsdam-Dönhavelland war mit kurzer Unterbrechung stets freisinnig vertreten; 1893 wurde nur durch die Unterstützung der etwa 4000 antisemitischen Stimmen der konservative Abgeordnete Schall gewählt, nachdem sich die Konservativen verpflichtet hatten, nach der Stichwahl für den schwer persönlich verdächtigen deutschsozialen Kandidaten eine Ehrenerklärung abzugeben. — Dies Versprechen ist nicht eingelöst worden, auch hat Herr Schall im Reichstage nicht Widerspruch erhoben, als Caprivi die Antisemiten als „Vorfrucht der Sozialdemokratie“ bezeichnete; dazu kommt, daß Herr Schall wegen seines ungeschickten Auftretens im Reichstage selbst von einem großen Theile der Konservativen fallen gelassen wird und somit keine Aussicht hat, wieder durchzukommen. Der Kreis ist also weder konservativer Bestand, noch als persönlich befehligt zu betrachten.“

„Für Bausch-Belzig-Finterbohl (Kropatschek) und Kottbus-Spremberg (von Werder) hatte der brandenburgische Provinzialverband eigene Kandidaturen bisher nicht geplant; wie er sich nach den Erfahrungen, die er in Westpreignitz mit den Konservativen gemacht, stellen wird, bleibt abzuwarten.“

„Der Kreis Königsberg i. N. vertritt zur Zeit Herr von Levetow, der in seiner Jugendfreundlichkeit so weit ging, sogar gegen die Beschränkung jüdischer Einwanderung zu stimmen; es wäre demnach eine starke Zumuthung an die dortigen Antisemiten, sie für die Wiederwahl dieses Herrn begeistern zu wollen. Der bisherige Abgeordnete für den Kreis Bällichau-Krossen, Herr Ullwardt, stimmte für den russischen Handelsvertrag, was ihm von einem großen Theile seiner Wähler sehr verübelt worden ist; es ist in Folge dessen von dortigen Antisemiten und Mitgliedern des Bundes der Landwirthe Herr Böckler die Kandidatur angeboten worden; die Verhandlungen schweben jedoch noch. Wenn schließlich in Kalau-Rudau gegen Herrn v. Mantuffel eine Gegenkandidatur aufgestellt würde, können sich die Konservativen um so weniger beschweren, als dieser Herr es war, der der deutsch-sozialen Reformpartei den Krieg erklärt hat.“

Das sind zweifellos nicht bloß leere Drohungen und wir haben also Aussicht, das erbauliche Schauspiel aus der Westpreignitz sich bei den allgemeinen Wahlen in verstärktem Umfange wiederholen zu sehen.

Einen hübschen Witz leistet sich die ultramontane „Germania“. Gegen einen evangelischen Vorkämpfer für verflückerte Sozialpolitik, der die von ihnen für den sog. evangelisch-sozialen Kongreß verfertigten Thesen mit den Worten geschlossen hatte: „Weg hat es allerwegen“ spielt die „Germania“ in gut katholischer Laune den Trumpf aus: „Alle Wege führen nach Rom.“ — So unterhalten sich die Frommen von hüben und drüben gegenseitig!

Was Herr Thielen nicht kann. Die Anzahl der von der Eisenbahnverwaltung den Bechen des Ruhrkohlenreviers gestellten Wagen blieb am vergangenen Freitage um nicht weniger als 3200 hinter der geforderten Zahl zurück. Gefordert waren an jenem Tage 14142 Wagen. Aus zahlreichen Bechermeldungen geht hervor, daß der Wagenmangel am Sonnabend wiederum zu vielen Feierlichkeiten zwang.

Die Eisenbahndirektion Essen hat bereits die Bestellung von nur zwei Drittel der geforderten Wagen angeordnet; doch auch diesen zum Schaden der Werke festgesetzten Satz vermag sie in häufigen Fällen nicht einzuhalten. Man

erwartet einen noch steigenden Wagenmangel. — Die Arbeiter müssen darunter leiden!

Die Religion muß dem Volke erhalten bleiben! Aus Niederbayern, einem der „frömmsten“ Bezirke Deutschlands, schreibt die „Münchener Post“: „Auf das langjährige Zentrum-Dorado Niederbayern, das heute noch fast ausschließlich ultramontan wählt und wo die Geistlichkeit auf das Volk einen ganz außerordentlichen Einfluß ausübt, weist immer die Schwurgerichtsliste ein bezeichnendes und sehr betrübliches Schlaglicht. Messerstechereien sind dort an der Tagesordnung und beinahe keine Tanzmusik, kein Sonntagsvergügen endet ohne blutige Exzesse. Die geringfügigsten Dinge geben Anlaß zu Streit und wo gestritten wird, da spielt mit wenigen Ausnahmen das grifffeste Messer eine Rolle. Eine Mautherei ohne Blut gleicht einer Kirchweih ohne Tanzmusik. Und so kommt es, daß der Greis für den „Nothfall“ so gut sein langes Messer in der Hosentasche stecken hat wie der oft genug noch nicht einmal der Schule entwachsene Jüngling.“

Darum bietet auch die Statistik der dritten Schwurgerichtsperiode am Landgericht Straubing wieder jenes charakteristische Bild wie so manche ihrer Vorgängerinnen. Von dem in der dritten Periode verhandelten 36 Fälle trafen 15 auf Verbrechen gegen das Leben, nämlich: 1 Mord, 1 Todtschlag, 13 Körperverletzungen mit nachgefolgtem Tode. In sämtlichen Fällen, mit Ausnahmen von dreien, diente das Messer als Mordwaffe. Unter den Messerhelden befand sich auch ein 64jähriger Greis. Er und ein 24jähriger Bursche traktirten einen Rechenossen mit den Messern, daß er an den Folgen starb. Das Urtheil lautete auf 6 bezw. 5 Jahre Zuchthaus. Das Schlimmste ist, so bemerkt die „A. A.“, daß in 90 pCt. dieser Fälle lediglich Trunkenheit als „Milderungsgründe“ in Betracht kommen könnte, aber nicht ein einziger Fall, der bei aller Verurtheilung des Mordes für den Mörder selbst in weicherzigem Gemüthern noch einen Schein von Sympathie aufkommen ließe. Man hat es hier einzig und allein mit trunksüchtigen Kaufbolben zu thun, die in ihrer wildesten Noth ein Menschenleben nicht einmal dem Leben des erstbesten Thieres gleich erachten. Wenn man auf jede der vier Schwurgerichtsperioden für den Kreis Niederbayern die gleiche Zahl von Verbrechen gegen das Leben rechnet, wie die nunmehr verflossene sie aufzuweisen hatte, so würde sich ergeben, daß in Niederbayern im Jahre 60 Menschen eines gewaltigen Todes sterben, oder, wenn wir davon noch etwas ablassen: daß in Niederbayern durchschnittlich jeden Sonntag ein Mensch im Wirthshause oder in Folge eines dort entstandenen Streites erstochen oder erschlagen wird. Diese Konstatirung spricht mehr, als ganze Abhandlungen es vermöchten.

Die Disziplinar-Verhandlung gegen den Reichskommissar z. D. Dr. Karl Peters in der Berufsinstanz begann am Montag im Kammergerichts-Gebäude vor dem Disziplinarhof für die Schutzgebiete unter dem Vorsitz des Gespräsidenten des Kammergerichts Drengmann. Als Staatsanwalt fungirt wie in erster Instanz vor der Disziplinarkammer der Geheimen Legationsrath Hellwig. Da der Thatbestand schon in der ersten Verhandlung ersühpfend dargestellt worden ist, so beschränken wir uns auf eine kurze Wiedergabe. Dem Dr. Peters war vorgeworfen worden, daß er im Oktober 1891 bezw. im Jahre 1892 am Kilimandscharo ungerechtfertigterweise einen Negerjungen und ein Negermädchen habe hinrichten lassen, daß er unnötig kriegerische Verwicklungen mit dem Sultan Malamia herbeigeführt habe, daß er in unmenschlicher Weise drei Negerrinnen habe prügeln lassen, daß er ferner über diese Vorfälle unwahre Berichte an seine Behörde eingesandt und schließlich selbst verschiedenen Personen bekannt habe, daß er den Negerjungen Mabruk, der bei ihm in Diensten gestanden, nur wegen seiner geschlechtlichen Beziehungen zu einem seiner (des Dr. Peters) „Weiber“ habe hinrichten lassen und daß er sich nach alledem des seinem Amte zukommenden Ansehens unwürdig gezeigt habe. In erster Instanz war am 24. April dahin erkannt worden, daß Dr. Peters des Dienstvergehens schuldig und deshalb mit Dienstentlassung zu bestrafen sei. Soweit er für schuldig befunden worden, habe er auch die Kosten des Verfahrens zu tragen. Der Gerichtshof sah in der Verurtheilung des Mabruk zum Tode und in der Vollstreckung des Urtheils ein Dienstvergehen. Die Todesstrafe sei eine nicht zu billigende, nist den Grundsätzen einer zivilisatorischen Rechtspflege nicht zu vereinbarende Maßregel gewesen. Das Gericht sei davon überzeugt, daß die geschlechtlichen Beziehungen des Mabruk zu den Weibern zu dem harten Urtheil wesentlich mitgewirkt hätten. Die Hinrichtung der Negerrin, die mit Malamia konspirirt und als Kettengefängene die Flucht ergriffen hatte, glaubte der Gerichtshof nicht durchaus mißbilligen zu können, da die Androhung der Todesstrafe für solchen Fall gesetzlich zulässig war und eine Art von Kriegsgericht auf Tod erkannt hatte, auch keine persönlichen und geschlechtlichen Motive den Angeklagten zu dem harten Urtheil geführt hätten. Die den drei Weibern zudiktirte Prügelstrafe — die Negerrinnen hatten sich zu Malamia geflüchtet, waren aber von diesem wieder ausgeliefert worden — sei auch bei Weibern, namentlich solchen in Kettenhaft, nicht ungewöhnlich. Dagegen nahm der Gerichtshof im vollen Umfange der Anklage als nachgewiesen an, daß Dr. Peters über diese Vorfälle bei seinem vorgesezten Gouverneur wesentlich falsche Angaben gemacht habe, weil er sich bewußt gewesen, daß er seine Handlungen nicht verantworten könne. Dies sei ein schweres Dienst-

vergehen. Der Gerichtshof verkannte nicht, daß Dr. Peters sich Verdienste um die Kolonie erworben habe, dies hätte aber zur Milderung der Strafe nicht führen können, da diese Verdienste in eine Zeit fielen, wo er noch nicht Beamter gewesen. Als schwerstes Vergehen sei die unwahre Berichterstattung anzusehen. Der Gerichtshof habe deshalb auf Dienstentlassung erkannt. In einer Belassung eines Theiles der Pension habe keine Veranlassung vorgelegen, da Dr. P. in der kurzen Zeit seiner amtlichen Thätigkeit sich wiederholter Dienstvergehens schuldig gemacht habe. Hiergegen hat Dr. Peters Berufung eingelegt, die Aufhebung der Vorentscheidung und seine Freisprechung beantragt. Auch die Staatsanwaltschaft hat Berufung eingelegt mit dem Antrage, den Dr. Peters nach dem ganzen Umfange der Anklage zu verurtheilen und ihm die gesammten Kosten zur Last zu legen.

Italien.

Wenn der Vater mit dem Sohne . . . Wolff's Depeschbureau meldet: „Der Sohn des Ministerpräsidenten Rudini, der zum Abgeordneten gewählt worden ist, hielt gestern in Rom eine Rede, worin er die Politik seines Vaters scharf bemängelt. Der Sohn Rudinis ist auf Grund eines sozialistischen Programms gewählt worden.“ Na, na!

Nicht zu fassen. Der „Frankf. Jtg.“ wird aus Rom geschrieben: Die Anhänger Crispi jubeln, denn ihr Meister hat, wie schon gemeldet, einen juristischen Sieg erfochten. Um dessen Bedeutung zu verstehen, muß man um ein ganzes Jahr in der Geschichte Italiens zurückgehen, weil die italienische Justiz besonders in Bankprozessen gar sehr langsam arbeitet. Am 18. Oktober 1896 begann bekanntlich mit der Verhaftung des Präsidenten der „Immobiliare“ die Jagd auf die „commendatori“, die mit der Verhaftung vieler dieser Herren endigte. Am 4. November 1896 wurden die Gründer der Bank von Como verhaftet, Suraghi und Ecra, und am 9. November der Direktor der Bologneser Filiale des Banco di Napoli, Favilla, mit dem Crispi stets zusammen „gearbeitet“ hatte. Am 7. Dezember machte Crispi beim Könige einen „Aufklärungsversuch“. Die Verhaftungen mehrten sich; am 9. Dezember wurde ein Haftbefehl gegen Mariani, den Direktor der Banca d'Italia in Como, erlassen, aber einige Tage nachher war der Mann „entflohen“. Es folgten noch etliche Banken in Como und am 20. Januar wurde auch Cavallini verhaftet, der reiche Bankier und „Mittelmann“ von Mailand, den man bekanntlich im Herbst dieses Jahres kurz vor dem Urtheilsspruch im Prozesse gegen die Bank von Como entlaufen ließ. Unterdessen sagte Favilla in seinem Verhör aus, daß Crispi sein Mitschuldiger sei in dem Rattenknig von finanziellen Zauberkünsten, die zu den Prozessen in Como und Bologna führten. Man suchte nach den Dokumenten, die der Vertheidiger Favillas besaß und die Favillas Aufzeichnungen erharteten sollten, aber der Vertheidiger hatte sie einem römischen Journalisten, dem Herausgeber einer Correspondenz, übergeben. Dieser wird vorgeladen und erklärt, er seinerseits habe sie Herrn Perrone, dem berühmten Meder, Schiffsagenten, Journalfabrikanten u. c. von Genua übergeben, der kürzlich, wie bekannt, um die unbequeme republikanische „Italia del Popolo“ tobt zu machen, den famosen Erpressungsschwindel gegen einen Mitarbeiter des Blattes inszenirte. Aber Herr Perrone kann dem Untersuchungsrichter keinen Aufschluß geben, während man doch überall erzählen hörte, daß Perrone 30.000 Lire geopfert habe, um die für Crispi belastenden Dokumente zu kapern. Kurz und gut. Am 20. März, zur Zeit der Parlamentslosigkeit, wo Crispi also Privatmann war, erhielt er eine Vorladung, ein sogenanntes „mandato di comparizione“, von dem Untersuchungsrichter Balestri, der eigens von Rom nach Bologna in offizieller Mission gekommen war. Der Termin lautete auf den 25. März. Nun war aber der 20. März der Vorabend der Neuwahlen; die Crispiner glaubten daher, man habe absichtlich die Vorladung auf den 20. März abgeschrieben, um Eindruck auf die Wähler zu machen und so Crispi zum Durchfall zu verhelfen. Crispi wurde nun doch gewählt, brauchte also am 25. März der Vorladung da er ja Abgeordneter war, nicht Folge zu leisten. Nichtsdestoweniger machte Crispi von seinem Vorrecht keinen Gebrauch, sondern ließ sich in seiner Villa zu Neapel verhören und sagte aus: 1894 und 1895 habe er als Minister des Innern eine bestimmte Summe im Interesse des Staates notwendig gehabt, diese Summa habe er von Favilla erbeten und erhalten, sie ihm aber mit allen Zinsen und Vermittlungskosten (im Ganzen 195.000 Lire) zurückgezahlt, da ihm Favilla versichert habe, diese Summe nicht der Bank von Neapel entnommen, sondern sich von einigen Privatbankiers verschafft zu haben. Am Tag darauf, den 26. März, kam Crispi nach Rom und besuchte den König wiederum. Das Aufsehen im ganzen Lande war ungeheuer. Plötzlich fuhr Crispi heimlich nach Bologna, begab sich sofort zum Untersuchungsrichter, um dort seine erste Aussage mit Dokumenten zu belegen, und der Untersuchungsrichter nahm auch diese Aussage Crispi's zu Protokoll. Von diesem Tage an kam periodisch alle Wochen die Meldung, daß das Gericht von der Kammer die Erlaubniß zur Verfolgung Crispi's nachsuchen werde. Das Gericht setzte aber die Untersuchung gegen Crispi fort — die Gegner Rudinis behaupten, auf Wunsch von oben — und nun wurden zahlreiche Freunde Crispi's verhört, am 20. Mai sogar seine Frau, die berühmte Donna Gina. Crispi, darüber aufgebracht, legte am 27. Mai Refus gegen das Verfahren ein, indem er die Unzuständigkeit der gewöhnlichen Gerichte anzeigte. Der Untersuchungsrichter von Bologna kümmerte sich um diesen Refus nicht, so daß er am 10. Juni von den Advokaten Crispi's daran erinnert wurde, daß er gesetzlich verpflichtet

sein. über den Rekurs die Verhandlung einzuleiten. Und wieder zauderte der Untersuchungsrichter. Am 16. Juni wurde der Protest von den Advokaten Crispi erneuert, und am 17. Juni erkannte der Untersuchungsrichter, daß der Rekurs unstatthaft sei. Dagegen protestierte nun Crispi wiederum und ging zur höchsten Instanz, dem Kassationshof in Rom, wobei er seine Appellation auf den Fall Violitti stützte, der bekanntlich auch durch den Artikel 47 der Verfassung beendet wurde, der besagt, daß Minister wegen Handlungen während ihrer Amtszeit nicht vom ordentlichen Gerichte angeklagt werden können, sondern daß nur der Kammer das Recht der Anklage zusteht, während der Senat befugt ist, in solchen Fällen als Gerichtshof zu fungieren. Der Kassationshof hat nun heute entschieden, daß Crispi durch Artikel 47 geschützt ist und daß daher die Zuständigkeit der gewöhnlichen Gerichte in diesem Falle nicht besteht. Will man Licht in die ziemlich dunkle Angelegenheit bringen, so ist ein Antrag in der Kammer erforderlich. Erhält dieser Antrag in der Kammer eine Mehrheit, so tritt der Senat als höchster Gerichtshof zusammen. So lange aber dieser Antrag nicht eingebracht und gebilligt wird, ist Crispi gegen alle Nadelstiche der Justiz gesiegt, und Jeder kann denken von ihm, was er will.

Belgien.

Die zweite Sitzung der Kammer verlief nicht weniger stürmisch als die erste. Fortgesetzt wurde die Interpellation Verloz, betreffend die Maßregelung der zwei Gentler Lehrerinnen. Ansele beendete seine Rede, die durch den Zwischenruf des Klerikalen de Guchenaere's zu einem vorzeitigen Abbruch gelangt war. Ansele wendet sich gegen die Intoleranz der Klerikalen, welche Kirche und Schule benutzen, um den Religionshaß zu schüren. Genosse Demblon, der hierauf das Wort nimmt, kommt nochmals auf den Artikel des Klerikalen „Voll“ zu sprechen: „Warum macht Sie ein Bivulbegräbnis (ohne Mitwirkung der Kirche) so wüthend? Weil Sie fürchten, daß Ihnen hierbei dann und wann ein guter Fang für Ihre Kirchenkassen verloren gehen könnte. Vom Standpunkte des Beutels sind diese Begräbnisse „unmoralisch.“ — Bei diesen Worten wird der Redner zur Sache gerufen. Als er weiter anföhrt, daß die Kirche für Geld alles thue, daß sie zum Beispiel den Kronprinz Rudolf mit allen Ehren begraben habe, trotzdem er gestorben war in den Armen seiner Maitresse . . . hob der Präsident die Sitzung auf.

Bei der Wiedereröffnung der Sitzung beantragt der Präsident, daß Demblon nach der Geschäftsordnung in dieser Sitzung und zu dieser Frage das Wort nicht mehr ertheilt werden soll. Demblon erklärt, auf's Wort verzichten zu wollen, er werde bei anderer Gelegenheit das Versäumte nachholen.

Asien.

Indisches. Trotz aller Erfolge der Briten im nord-westlichen Grenzgebiete Indiens ist an eine Unterwerfung der aufrehrerischen Stämme noch lange nicht zu denken. Die großen Stämme stehen ungebunden und es ist gewiß, daß sie Unterstützung auf Afghanistan erhalten, wenn der Emir auch offiziell keine Freundschaft mit England betont. Am auffälligsten ist neben der vorzüglichen Bewaffnung der Rebellen, daß nie Munitionsmangel eintritt, und sie können die Hinterladepatronen doch nur aus dem Auslande oder aus dem Arsenal des Emirs in Kabul beziehen.

Lübeck und Nachbargebiete.

16. November.
△ In der deutschen Kolonialgesellschaft hielt gestern Abend Kapitän-Lieutenant a. D. Weber-Coblenz einen Vortrag über „die Nothwendigkeit der Verstärkung der deutschen Seemacht.“ Die Versammlung war nur schwach besucht, was jedenfalls sehr bezeichnend ist. Uebhaft wurde über das geringe Interesse der Hansestädte Klage geführt und auf das entschiedenste wurde es verurtheilt, daß auch die Lübecker Großkaufleute und Rheder aus der Versammlung fern geblieben, und damit nur bekundet hätten, daß ihre Begeisterung für die Bewilligung der 420 Millionen Mark für die nächsten sieben Jahre, auch nur eine sehr geringe sei. Das glauben wir gerne, fintemalen der Handel viel bessere Geschäfte macht, wenn die Kriegsfahrzeuge den überseeischen Küstländern möglichst

fern bleiben. Der Kaufmann, sowie auch die Kapitäne der Handelsmarine werden mit den halbwillfürten Bewohnern fremder überseeischer Küstländer ohne Vermittelung der Kriegsmarine besser fertig als mit dieser. Eine nochmalige Stärkung der Flotte würde nur bewirken, daß dem Affessorenthum à la Leib, Wehlan und Peters noch mehr der Raum schwillt, was dem Handel entschieden mehr schaden würde, als die Schwäche unserer Kriegsmarine. Deshalb das Fehlen unserer Großkaufleute und Rheder in den Versammlungen der Kolonialgesellschaft. Die Herren Kolonialschwärmer haben aber nicht unterlassen können, folgendes Telegramm an den Reichskanzler und den Staatssekretär des Reichsmarineamts abzuschicken:

„Eine Versammlung Lübecker Bürger der verschiedenen Berufsstände bittet Ev. Durchlaucht durch einen Vortrag des Herrn Kapitän-Lieutenant a. D. Weber von der Nothwendigkeit einer umfangreichen Verstärkung unserer Flotte überzeugt, die beabsichtigte Durchführung einer Vermehrung unserer Seemacht mit allen Kräften anzustreben, damit unsere Flotte zur Erfüllung ihrer Aufgabe befähigt werde.“

Das schadet wenigstens nichts, und beruhigt die Nerven der Herren.
Das Drauflossfahren der Schiffe unter Vernachlässigung der elementarsten Vorkehrung ist in zahlreichen Fällen die Quelle von erschütternden Seekatastrophen gewesen. Jetzt spricht wieder ein englisches Fachblatt seinen Tadel darüber aus. Es schreibt:

„Nur zu oft wissen die Offiziere kleinerer Dampfer und großer Segelschiffe nicht einmal annähernd die Position des Schiffes und die Gefahren der betreffenden Meeresgegend. Es giebt Beispiele in Menge, daß ein gutes Schiff durch fehlerhafte Navigation auf den Strand gekehrt wurde. Eine so unmännliche Art der Schiffshandhabung kann gar nicht scharf genug verurtheilt werden.“

Was bei jenen englischen Schiffsführern getadelt wird, das findet sich ebenso bei den Schiffsführern anderer Länder. Die Profitgier der Rheder aber ist international an dem wahnsinnigen Gebahren der Schiffsführer schuld.

Fünf Jahre Zuchthaus, Ehrverlust auf gleiche Dauer und Stellung unter Polizeiaufsicht wurden gestern von der Strafkammer dem „Arbeiter“ L. zudiktirt, welcher im Oktober Nachts bei dem Gastwirth Sch. in der Hundestraße einen frechen Einbruch verübte. Er ist ein alter Bekannter des Zuchthaus.

Neustadt i. S. Eine öffentliche Wählerversammlung, einberufen von der freisinnigen Volkspartei tagte am Sonntag Nachmittag im „Livoli.“ Reichstagsabgeordneter Rektor Ropsch-Berlin entwickelte in sachlichen Ausführungen, die wohlthuend abstachen gegen die Tags zuvor gehörten rüden Anrempelungen des Dr. Hahn, das Programm seiner Partei, und meinte, letztere sei jederzeit streng für die Volkrechte eingetreten, sie werde auch, wo es sich um demokratische Prinzipien handle, Schulter an Schulter mit der Sozialdemokratie kämpfen.

In der Diskussion ergriff Genosse Bartels-Lübeck das Wort, um ausgehend von einem Ausdruck des Referenten, daß man „die Reichstagsabgeordneten auf ihre Thaten eingehend zu prüfen habe“, die „freisinnigen“ Thaten in Kiel, Nürnberg u. a. a. D., als Illustration dafür beizubringen, daß da, wo der „Freisinn“ Oberwasser habe, er garnicht daran denke, für die arbeitende Bevölkerung einzutreten, während er sich da, wo er sich schwach fühle, radikal gebärde. Da Herr Ropsch weiterreisen wollte, mußte Genosse Bartels abbrechen.

Herr Ropsch verurtheilte das von Bartels Vorgebrachte, bestritt aber, daß es auf das Konto der freisinnigen Volkspartei falle. (Die Herren „Freisinnigen“ gleichen eben nachgerade gänzlich den Antisemiten. Wenn man ihnen irgend eine Sünde ihrer Partei vorhält, ist es immer irgend ein anderer Ableger der „Partei“ gewesen, welchem sie zur Last fällt. Famoje Kerkel Die Red. d. „S. B.“)

Die Versammlung schloß mit einem Hoch auf das Vaterland.
Die Stimmung der Arbeiter in Neustadt i. S. läßt für uns das Beste erhoffen.

Hamburg. Genosse Reinhold Stenzel hat gestern nach Verbüßung einer ihm wegen Beleidigung

eines „Arbeitswilligen“ anerkannten Gefängnisstrafe von vier Wochen der Kabinenwache den Rücken zugekehrt.

Hamburg. Den Untergang des hiesigen Dampfers „Silma Bismarck“ meldet folgendes Telegramm aus Göteborg: „Der deutsche Dampfer „Silma Bismarck“, welcher regelmäßige Fahrten zwischen Hamburg und den Städten der schwedischen Westküste machte, ist gestern (Sonntag) früh 4 Uhr in der Nähe von Göteborg durch einen englischen Dampfer übergesegelt worden. „Silma Bismarck“ sank beinahe augenblicklich. Die Mannschaft wurde gerettet und nach Göteborg gebracht. Der verunglückte, zur hiesigen Bismarck Linie gehörende Dampfer (Kapit. M. Gadeberg) ist im Jahre 1893 aus Stahl gebaut und hatte einen Brutto-Raumgehalt von 604 Tons. — Im Anschluß hieran gehen den „Hamb. Nachr.“ folgende weiteren Mittheilungen über den Unglücksfall zu: „Der gesunkene Dampfer hatte Stückgüter in Malmö, Helsingborg, Landskrona und Holmstad geladen und war vorläufig nach Lybeck bestimmt, um dort die Ladung zu kompletieren. Der Zusammenstoß erfolgte bei ziemlich bewegter See zwischen Wingar und Patrénostre. Der Dampfer wurde von dem Westhartlepooler Stamer „Horace“ angerannt und derartig beschädigt, daß das Schiff auf 30 Faden Wasser (180 Fuß Tiefe) sank. „Horace“ machte sogleich die Boote flott und auch von dem sinkenden Schiffe wurden Boote zu Wasser gelassen, so daß es gelang, Kapitän und Mannschaft der „Silma Bismarck“ zu retten. Dieselben wurden später in Göteborg unverseht gelandet. Ueber die Ursachen des Zusammenstoßes sind nähere Mittheilungen noch nicht eingetroffen; es soll zur Zeit des Zusammenstoßes ziemlich starker Nebel geherrscht haben und eine genaue Beobachtung der Lichter fast unmöglich gewesen sein. Bei der recht bedeutenden Wassertiefe auf der Unfallstelle dürfte eine Hebung des Dampfers bezw. die Vergung der Güter mit großen Schwierigkeiten verknüpft sein. Die „Horace“ war nach Swinemünde bestimmt.“

Oldesloe. Feuersbrunst. Am Freitag Nachmittag 5 1/2 Uhr ist das Gewebe des Mühlenbesizers und Gastwirths Drenthahn zu Wollenweber Mühle ein Raub der Flammen geworden.

Kiel. Es muß Alles verpöllinirt werden! — In der letzten Sitzung der städtischen Kollegien wurde mitgetheilt, es sei von Hofrath Bollini ein Schreiben eingegangen, in dem derselbe die Absicht kundgiebt, daß er eventuell geneigt sei, hier in Kiel mit Kapital in die Bresche zu treten, um ein Theater zu bauen, und zwar halbdagst. Vorausgesetzt wird von ihm, daß die Stadt ihm einen geeigneten Platz bewilligt. Der Plan geht dahin, daß nach der Amortisation des Kapitals das Theater der Stadt gehören solle. Direktor Albert in Kiel wird sich voraussichtlich an diesem Unternehmen betheiligen.

Hensburg. Eine Feuersbrunst hauste am Freitag in Schwedenorf (Station der Kreisbahn). Es sind bis auf den Grund niedergebrannt: die Gastwirthschaft von P. Breckenfeldt nebst allen dazu gehörenden Baulichkeiten, die Durchfahrt, die landwirthschaftlichen Baulichkeiten, der große Tanzsalon, ein größerer Kornschuppen und ein ferneres Gebäude mit der Pantoffelfabrik des Breckenfeldt. Die Gastwirthschaft selbst diente zugleich als Bahnhofsgebäude der Kreis-Eisenbahn. In demselben war zugleich auch die Post-Agentur untergebracht. Von den Mobilien ist mit einem Wort nichts gerettet. Auch das Vieh (ein Pferd, mehrere Stücke Rindvieh, mehrere Schweine, Geflügel) ist bis auf ein Schwein und drei Gänse mit verbrannt.

Stadttheater. Mittwoch bleibt das Theater geschlossen. Donnerstag geht das gewaltige Wagner'sche Werk „Das Rheingold“ zum 4. Male in Szene. Die Kasse zum Vorverkauf für „Rheingold“ ist Mittwoch Vormittag von 11—1 Uhr geöffnet. Freitag wird Beethoven's „Fidelio“ gegeben, Sonnabend als volkstümliche Vorstellung bei halben Preisen die mit so großem Erfolge gegebene Aufführung von „Mein Leopo!“ wiederholt.

Sternschlag-Biehmarkt. Hamburg, 15. November
Der Schweinehandel verlief gut.
Zugschur wurden 1620 Stück. Preise: Verlandtschweine schwere 59—60 Mk., leicht: 59—61 Mk., Säuger 53—58 Mk. und Ferkel 56—60 Mk. pr. 100 %.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

Wir ersuchen unsere Leser, diejenigen Geschäfte, welche im Lübecker Volksboten inseriren, zu berücksichtigen und bei event. Einkäufen sich auf unser Blatt zu berufen.

Sonntag den 14. November entschlief plötzlich und unerwartet unser kleiner WILH im Alter von 7 Jahren. Tiefbetrauert von seinen Eltern und Geschwistern. J. Rätz und Frau.

Gestern Abend 6 Uhr entschlief sanft unser kleiner RICH im zarten Alter von 9 Wochen. Tiefbetrauert von mir und meiner Frau. W. Blüthgen und Frau, geb. Neppenbagen.

Gesucht ein Klemmnergejelle von W. Brockmann, Travemünde.

Zu verkaufen eine elegante Garnitur. (Sopha, 6 Stühle, 2 Sessel, Spiegel u. Schrank, Sophatisch, Kronleuchter, Tafeluhr. Engelstisch 12.

Zu kaufen gesucht ein kleiner eiserner Ofen Klappenstraße 19.

Gefunden ein Bündel Wäsche geb. E. L. Abzuholen An der Mauer 82.

Gefunden 1 Kragen vom Kindermantel Abzuholen Moislinger Allee 38, 2. Et.

Feine und grobe Wäsche wird sauber gewaschen und geplättet Wötcherstraße 38, 1. Et.

Eine Parthie sehr gute Schutter, Pfd. 1 Mk., eine Parthie geräucherter Mettwurst, Pfd. 60 Pfg. empfiehlt Carl Ohlert, Königsstraße 128.

Edm. Hafner, Schuhmacher, wohnt jetzt: Fischergarube 16.

Neue Herbstfang-Floh-Heringe empf. Ludw. Hartwig, Obertrave 8.

Heute frische Grützwurst, Brodwurst, Kopfleisch, Kahlwurst empfiehlt Carl Junge, Bahmstr. 8.

Täglich frische Bratwurst, Pancischen, Rahmwurst. Specialität: Bierwürstchen empfiehlt Carl Junge, Bahmstr. 8.

Zur Schlachtzeit empfiehlt sich mit besonders starken schönen Essig u. sämmtl. Gewürzen, Rinderdärmen, Grütze u. s. w. Rud. Kracht, Nageb. Allee 40.

Die Schweineschlachtere von W. Strohfeldt 73 Glockengießerstraße 73 empfiehlt:

Frühe Flohmen, Pfd. 65 Pfg. Carbonade Pfd. 70 Pfg. Quersfleisch Pfd. 50 Pfg. Prima Schmalz Pfd. 60 Pfg. Braten-Schmalz Pfd. 30 Pfg. Kopf und Bein Pfd. 25 Pfg. Gekochte Mettwurst Pfd. 60 Pfg. Geräuch. Mettwurst Pfd. 70 Pfg.

Kalbfleisch Pfd. 30 Pfg. empfiehlt W. Strohfeldt Glockengießerstraße 73.

Rud. Kracht,
 Lübeck, Raheb. Allee 40
 empfiehlt als besonders schön und preiswerth
Früh gebrannten Caffee
 Pfund 0,80, 1,00, 1,20, 1,40 und 1,50 Mark.
Feinste und hochfeinste Margarine
 Pfund 60, 55, u. 50 Pfg.
Prima weißes Schmalz
 Pfund 40 Pfg.
Pikanten Hollsteinschen Käse
 Pfund 25 und 30 Pfg.
Grüner Käse Stück 10 Pfg.
Besten Tilsiter und Holländ. Käse
 Pfund 0,80 und 1,00 Mk.
Hochfeine Pfannkuchen Pfd. 25 u. 30 Pfg.
Schönkond. grüne u. gelbe Erbsen
 Pfund 12 Pfg.
Weißer Schinken Pfund 15 Pfg.

Käse
 empfiehlt
Butterhandlung „Zur Krone“
 3 Markt 3.
Türkisches Pflaumenmus
Neue Salzgurken
 empfiehlt
Butterhandlung „Zur Krone“
 Kohlmarkt 12. Markt 3.

Gechrie Hausfrauen!
 Versucht
Klatt & Dittmann's
 F. F. Margarine,
 in den meisten Geschäften zu haben.
 Vertreter:
 Leop. Dose, Lübeck, Breitestr. 3.

Johs. Schwartz, Alfstr.
 Bitte machen Sie einen Versuch mit der
Jurgens & Prinzen Margarine,
 welche stets frisch bei mir zu haben ist.
 Für sparsame Hausfrauen!
Jurgens & Prinzen Margarine,
 der Naturbutter an Geschmack und Nähr-
 werth gleich. **H. Theophile,**
 Ecke Fleischhauerstr., v. St. Johannis.
 Empfehle einem geehrten Publikum
 zum Winterbedarf

Holz, Coles und Steinkohlen
 zu billigen Preisen.
 Ferner ff. französische,
 sowie **Magnum bonum-**
Kartoffeln
 per 200 Pfd. 4,50 Mk., frei ins Haus.
J. Timm, Schwartauer Allee 131a.

Empfehle meine
gebrannt. Caffees
 von 60 Pfg. an
Schmalz
 per Pfund 40 und 50 Pfg.
M. L. Wiegels, vorm. J. C. Bunge
 Fischergrube 61.

Heute
frische Rohwurst
Georg Schmidt,
 obere Fleischhauerstr. 11.

Brautleute
 kaufen
Möbel-Ausstattungen
 — sowohl einfache wie elegante —
 jetzt im **Anverkauf** in
Carl Meyer's Ausstattungs-Magazin
 Fleischhauerstraße 40/42
 zu außergewöhnlich billigen Preisen.

Möbel, Spiegel, Polsterwaaren
 in allen Breislagen. Kelle Arbeit.
Complete Musterzimmer
 stets vorräthig. Beste Bezugsquelle
 für **Braut-Ausstattungen.**
Folker's Möbel-Magazin, Marlesgr. 25.

Parteigenossen!

Am Sonntag Morgen 4 Uhr starb unser Genosse
Adam Fraass.

Die Beerdigung findet am Donnerstag Morgen
 10 Uhr von der Kirchhofskapelle aus statt. Erachte nun
 jeder Genosse es für seine Pflicht, dem so früh von uns
 geschiedenen Mitkämpfer die letzte Ehre zu erweisen.
 Mögen sich die Mitglieder rechtzeitig einfinden, der Ab-
 marsch findet vom Vereinshaus präcise 9 1/4 Uhr statt.

**Der Vorstand
 des Socialdemokrat. Vereins.**

Wegen Verkauf meines Hauses und Geschäfts-Veränderung soll
 mein sehr großes Lager jeder Art und Genres von
**Damen-, Herren- u.
 Kinder-Fusszeug**
 möglichst schnell geräumt werden zu denkbar billigsten Preisen.
J. Möllendorff
 Holstenstraße 9.

1 Mk.	Paul Würzburg.	1 Mk.
Weimar-Loose!	Weimar-Loose! Haupt- und Schlussziehung 2. bis 8. Dezember d. J. 8000 Gewinne! Hauptgewinn 50,000 Mk. werth! Loose für 1 Mk., 11 Loose für 10 Mk. (Porto u. Liste 20 Pfg.) versendet, so lange der Vorrath reicht auch per Nachnahme, Paul Würzburg, Lübeck, Markt 14.	Weimar-Loose!
1 Mk.	Paul Würzburg.	1 Mk.

Hansa-Halle. Morgen Donnerstags: **Familien-Kränzchen.** Freier Eintritt. Freier Tanz.

Schönste Flohm-Seringe, Nudovis
 und Salzgurken billigt bei
Rud. Kracht, Raheb. Allee 40.
Bereinigung der Maler
 u. verw. Berufsgenossen Deutschl.
 (Filiale Lübeck)

Versammlung
 am Donnerstag den 18. Novemb.
 Abends 8 Uhr
 im Vereinshaus, Zimmer Nr. 2.
Tages-Ordnung:
 Vortrag des Genossen Th. Schwarz. Thema:
 „Zwangszunungen und Gesellen-Ausschuss.“
 Um rege Theilnahme ersucht
Der Filialvorstand.

**Berein für Gesundheitspflege
 und Naturheilkunde.**
Monats-Versammlung
 im Bürgerverein,
 Königstraße 25.
 am Donnerstag den 18. Novbr.
 Abends 8 1/2 Uhr.

**Deutscher
 Metallarbeiterverband**
 (Allgemeine Zahlstelle Lübeck.)
 Alle Kollegen, die sich an der Be-
 gräbnisfeier des verstorbenen Kollegen
Adam Fraass
 betheiligen wollen, werden ersucht,
 sich **Donnerstag früh 8 1/2 Uhr**
 bei **Lecke, Lederstraße 3,** zu ver-
 sammeln. Abmarsch 9 Uhr.
Die Ortsverwaltung.

Achtung Maurer!
Mitglieder-
Versammlung
 des Bußtages wegen
 am **Donnerstag den 18. Novbr.**
 Abends 8 1/2 Uhr präcise
 im **Vereinshaus, Johannisstraße 50.**
Tages-Ordnung.
 1. Vereinsangelegenheiten.
 2. Kartellbericht.
 3. Fragelasten und Verschiedenes.
NB. Die Anmeldung der Kinder zum Weih-
 nachtsfeste erfolgt in der Versammlung, deshalb
 ist ein frühzeitiges und zahlreiches Erscheinen
 bringend notwendig.
Die örtliche Verwaltung.

Gesang-Verein „Eintracht“.
 Die Beerdigung unseres verstorbenen Mitgliedes
Adam Fraass
 findet am Donnerstag den 18. November, Vor-
 mittags 10 Uhr, von der Leichenhalle des Alge-
 meinen Kirchhofs aus statt.
 Alle Theilnehmer werden ersucht, sich um 9 Uhr
 im Vereinshaus, Johannisstraße 50, einzufinden.
 Abmarsch nach dem Kirchhof um 9 1/4 Uhr. Um
 recht rege Theilnahme ersucht.
Der Vorstand.

♦♦ **Hafen-Restaurant.** ♦♦
Auspielen
 von
**fetten Gänsen, Karpfen und
 Rauchfleisch**
 auf einem Ziehbillard
 am **Donnerstag den 18. November.**
 Einsatz 50 Pfg., wofür 3 Stösse.
 Hierzu ladet freundl. ein **H. Havemann.**

**Gesangverein
 „Eintracht“**
Socialer Abend
 am **Sonntag den 21. November**
 umständehalber im Vereinshaus, Johannisstr.
 Anfang 6 Uhr. Ende 2 Uhr.
 Einführung gestattet.
 Mitgliederkarten müssen vorgezeigt werden.
Das Fest-Comitee.

Antritts-Ball
 am **Mittwoch den 24. November**
 in der **Friedrich-Franz-Halle.**
 Anfang 7 Uhr. Eintritt 50 Pfg.
 Hierzu ladet ergebenst ein
L. Lübke.

BALLE
 der Arbeiter-Vierteltafel **Harmonia**
Schwartau-Rensefeld
 am **Sonntag den 21. November 1897**
 im Saale des Herrn **Sternberg** baselst.
 Staffelführung 5 1/2 Uhr. Anfang 6 Uhr.
 Hierzu ladet freundlichst ein
Das Fest-Comitee.

Einsegl.
 Einladung zum
Caffee-Ball
 am **Sonntag den 5. Dezember**
 Jeder Herr hat eine Dame frei.
 Preis Mk. 1.
 Ergebenst **Chr. Koch.**

Emil Naucke's Variété.
 Vollständig neuer Spielplan.
 5. und letzte Serie vor Weihnachten.
 Vorzugsbillets gültig.

Circus Variété
Reuterkrug.
 Des Bußtages wegen fällt die Vor-
 stellung aus. —
 Morgen Donnerstag:
Jubel-Vorstellung des neuen
fünften Spielplans.

Stadt-Theater.
 Mittwoch bleibt das Theater wegen des Buß-
 tages geschlossen.
 Donnerstag: Mit völlig neuer Ausstattung!
 Zum 4. Male!
Das Rheingold.
 Von **Richard Wagner.**
 Außer Abonnement. Anfang 7 Uhr.
 Freitag: 84. Abonnem.-Vorst. 4. Abth. Roth.
Fidelio.
 Sonnabend: **Mein Leopold.**

Speise-Halle Hansa.
Mengstraße 24 (gegenüber Schüsselbuden).
 Um den vielfach geäußerten Wünschen unserer
 Kundenschaft entgegen zu kommen, haben wir (neben
 unserem üblichen Mittagstisch) vom heutigen
 Tage an auch einen **Mittagstisch** zum Preise von
 50 Pfg. à Person eingerichtet.
Schachtungsbohl Gebr. Kock.

Die „produktiven Stände.“

Verwirrung sonder gleichen hat sich verbreitet bei den Herrschenden, bei denen, die das Regieren betreiben, und bei den Parteien, welche die Regierer stützen, um von ihnen gestützt zu werden.

Was soll werden? — fragen die „Staatsverhalter.“ Die Demokratie schreitet von Sieg zu Sieg, Wahlkreis um Wahlkreis wird den Konservativen entrissen und die Herrschaft der Nationalliberalen bricht zusammen.

Das sind schlimme Aussichten. Welches Geschick wird die nächste Reichstagswahl ihnen bereiten, die sich zu ewiger Herrschaft berufen glaubten? Schon der jetzige Reichstag ist ihnen höchst unbequem. Schon ihm galten die haspöllen, giftigsten Schmähreden der konservativen Presse. Gestern jammerte die „Kons. Korresp.“ über den „niedergehenden Parlamentarismus.“ Heute bläst die „Deutsche Volksw.“, eines der eifrigsten Stimmorgane, eine ähnliche Note. Und nur einen Lichtblick vermeinen sie noch in dem trübem Grau ihrer niedergehenden Herrlichkeit zu erspähen, nur ein Stern winkt ihnen noch mit mildem, hoffnungsfreudigen Schimmer. Der Name Miquel allein kann noch ein Lächeln auf ihr betäubtes Antlitz rufen. Darum handelt es sich, so kündigt die letztgenannte Korrespondenz an, „wie die von Herrn Miquel im preussischen Landtage angekündigte Politik der Sammlung zur Förderung der wirtschaftlichen Interessen der Nation in Fleisch und Blut umgesetzt werden solle. Und die „Norddeutsche Allgemeine Ztg.“, das Organ des Reichstagslers, schließt sich in ihrem heutigen Leitartikel derselben Auffassung an und giebt die Lösung aus: „Zusammenschluß aller produktiven Kräfte in der Form eines wirtschaftlichen Kartells.“

Unter welchem Zeichen aber erwuchs zuerst die Miquelsche Sammelpolitik? Sie trat auf im Kampf um das preussische Stenelgesetz des Herrn von der Meete. Diefem Ursprung soll sie getreu bleiben, die „Nordd. Allg.“ sagt: „Nur von den geeinten produktiven Ständen steht eine wirksame Bekämpfung der Sozialdemokratie und damit eine der Hauptaufgaben, die dem heutigen Staat gestellt sind, zu erwarten.“

So stehen die Heerlager gegen einander. Dort „die produktiven Stände“ und hier die Sozialdemokratie. Eine Politik, die von diesem Gegensatz ausgeht, und nach dieser Formel arbeitet, sie soll das Staatschiff aus allen Wirnissen und Klippen heil herausführen und es wird wieder eine Zeit werden, wo die Junker und Kapitalisten aller Art in Frieden ihr mühselig erworbenes, schmales Brod essen dürfen.

Also das Kartell in neuer Auflage, nicht ein „förmliches Wahlbündnis“, nur ein „wirtschaftliches Kartell.“ Wenn durch ein solches Kartell eine „feste parlamentarische Majorität“ geschaffen ist, dann ist der Staat gerettet.

Schon hat diese „Sammelpolitik“ Erfolge gezeitigt und ihren Werth bewiesen. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ weist auf Sachsen: „Auch ihre praktische Feuerprobe hat die Einmütigkeit des erwerbsthätigen Theils der Bevölkerung bei der letzten sächsischen Landtagswahl bereits auf das Glänzendste bestanden.“

Da sieht man also schon etwas klarer, was hinter den „produktiven Ständen“ steckt. Das sächsische Kartell, die Parteien des Wahlrechtsraubs und der schamlosesten Volksvergewaltigung und Volksausplünderung — das ist der „erwerbsthätige Theil der Bevölkerung“, das sind die „produktiven Stände!“

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ verräth uns noch etwas mehr von dieser lieblichen Gesellschaft und ihren Plänen. „Schutz der heimischen Produktion, Schutz der überseeischen Interessen, kurz die Fragen einer nationalen Wirtschaftspolitik sind zur Zeit die wichtigsten Probleme.“

Veinache jedes Kind weiß man, was diese schönen Worte in gemeinverständlichem Deutsch übertragen bedeuten: „Schutz der heimischen Produktion“ d. i. Fortführung und Steigerung der Zollpolitik, „Schutz der überseeischen Interessen“ d. i. neue Militärforderungen, neue Panzerschiffe, neue Kreuzer und Torpedos für mindestens eine halbe Milliarde Reichsmark; „nationale Wirtschaftspolitik“, d. i. Niederhaltung der Arbeiterschaft durch Erschwerung des Konstitutionsrechts und Abkehr von jeder Sozialreform.

Die Brodwucherer und Münzverfälscher, die Zuckergrafen und Schloßbarone — das sind die „produktiven Stände“, die fleißigen Bienen nach Bismarcks Wort, des Vaters aller Kartell-, Sammel-, Ausbeutungs- und Verdickungspolitik.

Und noch ein „Stand“ wird von den Offiziösen der „Nordd. Allg. Ztg.“ gnädiglich in den sauberen Bund eingeschlossen: der „Mittelstand“. Der Gegensatz zwischen Groß und Klein, sagt die sozialpolitische Erleuchtung des Blattes sei „künstlich aufgebaut“ und bedeutungslos. Gemeinsame Interessen verbieten beide, nämlich „die Abwehr des sozialrevolutionären Ansturms.“

Die Sozialdemokratie ist der Feind. Die Arbeiter, welche mühselig ihr Leben fristen und ausgeschlossen sind von Licht und Lebensfreude, sie allein gehören nicht zur erwerbsthätigen Bevölkerung, zum Bund der „produktiven Stände“, zu den „Bienen“. Sie niederwerfen, ist der „Sammelpolitik“ höchstes Ziel!

Das also sind die Trostgründe der Offiziösen. Das ihre Hoffnungen.

Doch sie aber nur solche Trostgründe, nur solche Hoffnungen haben, daß sie diese ältesten Tiraden in neuem Aufpuß und mit neuen Wortfälschungen wieder und wieder herunterzuliefern genöthigt sind, das gerade offenbart die ganze Trostlosigkeit und Hoffnungslosigkeit in jenen Reihen!

Denn leider sind es nur schöne Illusionen und phantastische Luftbilder, die vor den Augen unserer geängstigten Gegner auf und nieder schwanke.

Leider einigen sich die „produktiven Stände“ nicht und können sich nicht einigen. Zu groß sind die Gegensätze zwischen den Kanitzjüngern und den Herren von Industrie und Handel, zwischen den Agrariern und den Börsenjobbern, zwischen Großkapitalisten und Kleinblutgerern.

Leider glaubt kein Mensch mehr in den weiten deutschen Landen an die Produktivität dieser „produktiven Stände“ — und die Thörichten werden immer seltener, welche Drohnen und Bienen nicht von einander zu unterscheiden wissen.

Leider haben auch in Sachsen nicht die „erwerbsthätigen“ Konservativen und Nationalliberalen gesiegt, sondern sie haben durch brutale Verführung des gleichen Wahlrechts und Einführung eines Wahlrechts, welches den Reichthümern ein vielfaches Recht gegenüber den Unbemittelten giebt, einen Schein Sieg erfochten, dem bei der nächsten Reichstagswahl die Wahrheit zerschmetternder Niederlagen folgen dürfte.

Ja, der Ausblick auf die nächsten Wahlen, die jenen „Produktiven“ der „Nordd. Allg. Ztg.“ so arge Kopfschmerzen bereiten, erfüllen uns mit ebenso großer Zuversicht. Denn wie bei den Herrschenden, bei den Alliquen der Ausbeutung und Volksbevormundung Verwirrung und Zaghaftigkeit herrscht, so herrscht auf Seiten des Sozialismus und der Demokratie Ordnung, Einheitlichkeit und Kampfesfreudigkeit.

Getragen von der wirtschaftlichen Entwicklung, wächst die Arbeiterklasse immer stärker empor an Zahl und innerer Kraft. Und diese Arbeiterklasse, der wahrhaft „produktive Stand“, macht ihren Marsch hellen Auges und ausgerüstet mit klarem, aus den wirklichen Lebensverhältnissen geschöpftem Programm, mit dem Programm der sozialen Reform und der politischen Emanzipation!

Und um dieses Programm jammert sich alles, was bedrückt und ausgebeutet ist, was Verständnis hat für eine freileitliche Entwicklung und wirtschaftliche Hebung unseres Volkes. Das ist auch eine „Politik der Sammlung“. Keine künstliche Sammlung, wie sie Miquel und die Miquelgläubigen wünschen. Sondern ein Zusammenströmen aller guten und edlen Volksträfte im natürlichen Widerstand gegen jene Parteien, die nur auf Förderung der Sonderinteressen winziger Gruppen bedacht sind und jede gedeihliche Entwicklung unseres Volkes zu hindern versuchen!

Soziales und Partei-Leben.

Zum Kampf der englischen Maschinenbauer. In nächster Woche wird es aller Wahrscheinlichkeit nach zu einer Konferenz kommen. Diese wird gewissermaßen eine Vorkonferenz sein; es wird sich zunächst darum handeln, eine Basis zu finden für die weiteren Verhandlungen. In dieser Hinsicht wird die Frage des unparteiischen Vorsitzenden die erste und wichtigste bilden. „Daily Chronicle“ hält Mr. Ritchie, den Direktor des Arbeitsamtes, der sich um das Zustandekommen der Konferenz unzweifelhaft große Verdienste erworben hat, für den geeignetsten. — Die Stellung der Maschinenbauer ist ganz erheblich gestärkt worden durch das Hinzutreten der Föderation der Gewerkschaften des Schiffbauergewerbes, der etwa 20 Unionen mit 173 451 Mitgliedern angehören. — Auch zwischen den Londoner Kesselmachern und den Inhabern der Schiffs-Reparatur-Werkstätten sind Unterhandlungen angeknüpft. — Ueber die Vereinigung der Streikenden mit dem Verbands der vereinigten Schiffbauer und Metallarbeiter bringt die Berliner „Volkszeitung“ folgenden Bericht ihres Londoner Korrespondenten:

„Die ausständigen Maschinenbauer haben einen großen Trumpf ausgespielt! Die Befürchtung, daß die in Aussicht genommene Konferenz durch ihre Langwierigkeit die Kräfte der ausständigen Arbeiter erschöpfen könne, das unheimliche Gefühl, daß die Maschinenbauer durch die

Helene.

Roman in drei Büchern von Minna Kautsky.

(46. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

III.

Der Chefarzt befand sich nach dieser Visite in der übelsten Laune.

Seine kleinen Hände in die großen Taschen gesteckt, lief er im Hofe des Hospitals auf und nieder.

Er wollte frische Luft schöpfen und seinen Neger überwinden, ehe er das Operationszimmer betrat, wo sich um 11 Uhr alle Aerzte zu den vorzunehmenden Operationen zu versammeln pflegten.

Er vermochte indes nicht so leicht über diese Inspektion und ihre möglichen Folgen hinweg zu kommen.

„Keine Freiwilligen — nur Ordensschwestern, nur Barmherzige — haha — als ob sie nicht alle Barmherzige wären — wir müssen froh sein, daß wir sie haben —“

Er machte eine Schwenkung und rannte nach der anderen Seite.

„Ja, Verordnungen erlassen ist leicht — dabei schicken sie Transport auf Transport — unser Personal ist viel zu gering — es leistet das Höchste an Selbstaufopferung und da sollen wir wählerisch sein — keine Unterschiede machen zwischen Gemeinthen und Ungeweihten, Graduirten und Nichtgraduirten? — Unsinn!“

Schon befand er sich einem neuen Konflikt zwischen seinen Verordnungen und den dringendsten Forderungen des Augenblicks gegenüber.

Ein halbes Duzend junger Mediziner hatte sich zum Dienste gemeldet. Keiner von ihnen hatte eine Empfehlung, Keiner sein Diplom in der Tasche.

Es waren Freiwillige, die auf eigene Faust hierher kamen. Er hatte sie als Aerzte zurückgewiesen, aber sie hatten sich nicht abschrecken lassen.

„Nehmen Sie uns, wofür Sie wollen“, hatte der Eine gesagt, ein Mann schön wie die Sonne, mit schwarzen Augen und röthlichem Haar, dessen ausdrucksvolles intelligentes Gesicht sofort für ihn einnahm, „verwenden Sie uns als Träger und Krankenwärter, wenn Sie uns als Aerzte zurückweisen müssen; kein Dienst soll uns zu anstrengend oder zu schlecht sein, wenn es gilt, unseren leidenden Brüdern zu Hülfe zu kommen.“

Im Verlaufe des Gesprächs hatte sich's herausgestellt, daß Mediziner Tempsty, so nannte sich der Rothe, auf deutschen Kliniken gearbeitet hatte, die von Koryphäen der Wissenschaft geleitet waren, und daß er mit ihren Methoden wohl vertraut war.

„Ach, meine Herren, wenn Sie nur Ihre Diplome hätten“, hatte er ihnen zugerufen, als er sie verabschiedete.

Er ahnte wohl, weshalb ihnen der Doktorhut fehlte; weil sie als russische Emigranten von Universität zu Universität gejagt wurden, stets in Gefahr denungirt und ausgeliefert zu werden.

Es waren Nihilisten, kein Zweifel, aber war denn nicht die gesammte studirende Jugend von einem revolutionären Geiste erfüllt? Und wenn man vom Dienste Alle ausschließen wollte, die diese Ueberzeugung theilten, dann — er lachte grimmig — wie Viele würden dann übrig bleiben? Und er gedachte der Anhäufung der Kranken, die sie in Bauernhütten zerstreut untergebracht hatten, wodurch der Dienst erheblich erschwert wurde, so daß die vorhandenen Kräfte nicht ausreichten, und selbst die nöthigsten chirurgischen Eingriffe hinausgeschoben werden mußten.

„Ei was“, sagte er dann, „Noth kennt kein Gebot“, zog die Hände aus der Tasche und beorderte den Mediziner Tempsty in den Operationsaal.

Dieser war ein heller, mäßig großer Raum, mit einem ganzen Rüstzeug von Arm- und Beinshienen ausgestattet

und mit den verschiedensten Instrumenten und Verbandsmaterialien versehen.

Es roch stark nach Karbol.

Die antiseptische Wundbehandlung war bereits eingeführt, und hinter einem Vorhängelchen am Ende des Saales machten die Aerzte gleichsam ihre Operationstollette. Sie zogen die Röcke aus und banden eine frisch gewaschene Linnenschürze vor, die den Körper vollständig umhüllte.

Sie schlugen die Ärmel hoch über den Ellenbogen zurück und wuschen Arme und Hände mit einer Sublimatlösung, ehe sie zu dem blutigen Werke schritten.

Man hatte mehrere Operationstische aufgestellt, die sämmtlich belegt waren. Die Arbeit vollzog sich rasch und verhältnismäßig ruhig, da die Mehrzahl der Operirten unter Narkose waren.

Sofia Alexandrowna mit ihrem ernsten, durchgeistigten Antlitz und dem kurzgeschnittenen Haar, die wie alle Uebrigen die große Operationsschürze vorgebunden hatte, unterschied sich kaum von den jungen Aerzten, mit denen sie gemeinsam hier arbeitete.

Zur Amputation eines Oberarmes, welche zunächst vorgenommen werden mußte, war sie als Assistent beordert, und sie prüfte mit Ruhe und Umsicht die mit Karbolwasser gereinigten Instrumente und legte Alles zurecht.

Dann trat auch sie hinter den Vorhang, um ihre Arme zu entblößen und in der Sublimatlösung zu waschen.

Als sie hervorkam, sah sie den Chefarzt vor dem Operationstische stehen, wohin man den Patienten eben gebracht hatte.

Neben ihm befand sich ein Fremder, wahrscheinlich einer der neu angekommenen Aerzte, der mit der Untersuchung des Objektes beschäftigt war.

Genehmigung einer Konferenz vor Einstellung der Feind-
Häupter sich enorm geschädigt haben möchten, weicht mit
seinem Schlage vor der heute (der Brief ist vom 11. No-
vember datirt) erfolgten Bekanntmachung, daß der Gewerk-
verein der Maschinenbauer dem „Verbande der vereinigten
Schiffbauer und Metallarbeiter“ beigetreten ist. Diese
Erklärung mag im Unternehmungskreis wie eine Bombe
eingeschlagen sein, um so mehr, als es den beteiligten
Gewerkvereinen so meisterhaft gelungen war, diesen
Plandisplan bis nach Sicherung der Konferenz vor
Feind und Freund geheim zu halten. Man wird kaum
zu weit gehen, wenn man dieses Ereignis als eines der
bedeutendsten des denkwürdigen Kampfes der vereinten
Kapitalisten gegen die organisierte Arbeit bezeichnet. Der
genannte Verband umfaßt Gewerksvereine in einer Ge-
samtsstärke von 174 000 Mitgliedern und wächst durch
den hinzutretenden Gewerksverein der Maschinenbauer
auf 267 000 Mitglieder an. Die Fonds des Verbandes
sind enorme und bisher unberührt, da ja sogar den
ebenfalls zum Verbande gehörigen Londoner Messel-
schmieden, welche bekanntlich auf eigene Faust in den
Kampf eingetreten waren, Streikunterstützung versagt
worden war. Die ganze Sachlage ändert sich nunmehr
mit einem Schlage, da der Verband sich mit den
Maschinenbauern solidarisch erklärt. Bleiben die Unter-
nehmer im Kampfsprinzip treu, so müssen sie jetzt die
sämtlichen 174 000 Mitglieder des Verbandes sperren
und sämmtliche Etablissements und Werkstätten in England
schließen, und das in einem Augenblick, wo sie ihres Sieges
sich fast sicher fühlen.

Aus Nah und Fern.

Wie in — Berlin Kunstkritik gemacht wird. Der
„Kunstwart“ schreibt: Dem „Berliner Bund“ war über
Sodoms Ende von Sudermann ein Aufsatz von Otto
Neumann-Hofer eingesandt worden, zum Abdruck am Tage
nach der Berliner Aufführung, der außer einer eingehenden
Besprechung auch bereits Mittheilungen von der starken
Wirkung des Werkes auf das Berliner Publikum enthielt;
„ja, es waren sogar gewisse Stellen bezeichnet, bei denen
der Beifall besonders demonstrativ gewesen sei.“ Der
„Berliner Bund“ brachte auch den Artikel, anständiger-
weise ohne jene Erfolgsberichte, zur festgesetzten Zeit. Aber
die Berliner Polizei hatte die Aufführung in letzter Stunde
verboten! Ein Telegramm des Herrn Neumann-Hofer
kam zu spät nach Bern — wenigstens die Inhaltsangabe
war dort schon gedruckt. Daß nicht mehr gedruckt war,
befreite Herrn Neumann-Hofer wohl von der immerhin
anangenehmen Sache, seine Erfolgsberichte diesmal in
ihrem Werthe anerkannt zu sehen, nicht aber vor den Ge-
schäftsklagen seines dramatischen Freundes. Und so fuhr
er in Berlin von Redaktion zu Redaktion mit der Bitte,
diesen seinen im „Bund“ erschienenen Artikel doch ja in
keinem Berliner Blatte zu reproduzieren, damit die
Spannung auf den Inhalt von Sodoms Ende, wenn das
Stück von der Polizei freigegeben und aufgeführt würde,
ungeschwächt bleibe.“ — So, gutes deutsches Durch-
schnittspublikum, sehen die „Dichter“ und „Kritiker“ in
der Nähe aus, denen Du Deine Kassenscheine am liebsten
reichst. Und solche Gesichtchen passieren nicht nur etwa
in Berlin, sondern auch anderswo.

Bismarck und die Denkmäler. Es ärgert mich, wenn
ich mich gewissermaßen fossil neben mir stehen sehe, hat
Fürst Bismarck einst gesagt, als von der Denkmalswuth
die Rede war.

Kräftige Ausdrucksweise. Die „Leipziger Zeitung“
spricht von den Antisemiten anlässlich ihres Verhaltens im

Rasch kam sie näher, dann prallte sie plötzlich zurück,
ein Bittern durchfuhr ihren Körper und eine Flamme
stieg in ihr Antlitz.

Sie hatte Lazar erkannt. Die Ueberraschung war
eine freundliche, aber sie berührte sie so tief, daß sie sich
an den nahen Verbandstisch stützen mußte, um sich auf-
recht zu erhalten.

Der Chirurgenarzt, flüchtig aufsehend, bemerkte nur ihre
Anwesenheit.

„Chirurg Tempsty wird die Operation vornehmen —
hier Schwester Sofia wird Ihnen assistiren“, sagte er,
und hatte damit die Beiden einander vorgestellt.

Dann wendete er sich wieder dem zu Operirenden zu,
dem ein Krankenträger den Oberkörper entblößte.

„Sehen Sie da, in der Höhe des Collum chirurgi-
cum, wenn Sie sich darauf verstehen, einen Zirkulär-
schnitt.“

Es erfolgte keine Antwort, der Chirurgenarzt hatte die
Empfindung, als wäre er nicht verstanden worden, und
hob den Kopf.

Chirurg Tempsty stand von ihm abgewendet, offen-
bar hatte er die hübsche Assistentin ins Auge gefaßt.

„Halloh“, dachte der Chef und seine Stirnader schwoll
im Zorn, während er sich rasch nach Sofia umwandte.

Sie stand ruhig und zuwartend, das scharfe Roth ihrer
Wangen war einer außerordentlichen Blässe gewichen, und
fiel ihm auf.

„Was haben Sie, sind Sie unwohl?“ fragte er
scharf.

Sie öffnete den Mund, als wolle sie etwas sagen,
aber es kam kein Ton über ihre Lippen.

„Ich sehe, Sie sind übermüdet, treten Sie ab“, befahl
er und blickte sich im Saale nach einem Ersatz um, aber
es waren alle Hände beschäftigt.

Der zu Operirende begann zu jammern.

Da trat Sofia an den Chirurgen heran und sagte:

Wahrscheinlich Westprienek wie folgt: „Das haben wir
von ihnen nicht anders erwartet. Wie ihre Gestimmungs-
geriffen in Oesterreich sich gegenseitig als „Lauhbuben“
traktiren und die deutsche Sache schänden, sinken sie nach
dem Grundgesetze aller Demagogie auch bei uns von
Stufe zu Stufe, dem Gewohnheitstrinker gleich, der
schließlich stets beim gemeinen Fusel ankommt, mag er
auch mit dem besten Rothpohn begonnen haben.“

Der arme Türke! Der bisherige türkische Votschafter
in Berlin, Ghali Bey, der durch Tewfik Pascha ersetzt
wird, hat nach einer Konstantinopeler Depesche der „Frankf.
Ztg.“ den Berliner Posten ohne Genehmigung des Sul-
tans verlassen. Nach seiner Ankunft in Konstantinopel
suchte Ghali Bey eine Audienz beim Sultan nach. Dieser
lehnte jedoch den Empfang ab und verlangte schriftlich
die Gründe zu wissen, weshalb der Votschafter von seinem
Posten geflüchtet sei. Ghali überreichte am andern Tage
ein acht Seiten umfassendes Memorandum, worin er in
den ergreifendsten Worten seine Lage ohne Verzählung
schilderte, die, nachdem er neun Monate trotz täglich ab-
gesandter dringender Depeschen ohne Gehalt geblieben,
seinen Aufenthalt in Berlin zu einer unsäglichen Pein ge-
staltete. Er konnte die Qualen nicht länger erdulden und
sah als den einzigen Ausweg, daß er an den Stufen des
Thrones seine traurige Lage schildere und Gnade ersuche.
Als Antwort erhielt er seine Absendung. Wenn der neue Vo-
tschafter Tewfik Pascha kein Privatvermögen besitzt, so
kann er leicht in dieselbe Kalamität gerathen. Tewfik ist
General der Artillerie, Schwiegerohn Osman Paschas und
Schwager des Marschalls Edhem.

Napoleons I. Hauptspion. Im Wissenschaftlichen
Klub zu Wien hielt am 8. d. Mts. Herr Generalmajor
a. D. Leopold Anspitz einen Vortrag über eine äußerst
merkwürdige Persönlichkeit, die schon vielfach zu Nachfor-
schungen Anlaß gegeben: über Karl Ludwig Schulmeister,
den Hauptspion Napoleons I. Wie wir einem Berichte
des Wiener Tagblattes entnehmen, erörterte der Vortra-
gende zunächst die Nothwendigkeit der Spionage für die
Armeen, denn die Refognoszierungen reichen nicht aus,
während die Nachrichten der Kundschafter oft den Gesichtskreis
der Generale mit einem Schlage erschellen. Ein-
sichtsvolle Heerführer haben in Folge dessen von jeher
der Regelung des Kundschafterdienstes große Aufmerksam-
keit zugewendet.

Besonders Napoleon I. hat die Spionage mit jenem
eigenthümlichen Enthusiasmus betrieben, welcher zumeist das Ge-
heimniß seiner machtvollen Erfolge in sich schließt. Er
ging auch hierin seinen Vorgängern einen bedeutenden
Schritt voraus und übertraf sie in der Kunst des Wollens.
Sein Grundsatz war: wohl unterrichtet zu sein über den
Feind, ist gut, aber noch vortheilhafter ist es, den Feind
zu verwirren. Seine Spione mußten daher dem Feinde
Nachrichten zukommen lassen, die ihm paßten, und sich
bei dieser Gelegenheit das Vertrauen des Feindes er-
werben. So machte sich Napoleon die Wahrheit zu
Nutze und auch die Lüge. Der große Feldherr hat nichts
dem Zufall überlassen, Alles war wohl organisiert und
methodisch in der Anlage. Die Personen, die ihm dien-
ten, sind wenig bekannt. Wie sie plötzlich aus dem
Dunkel emporstiegen, so verschwanden sie auch wieder;
natürlich suchen sie auch keinen geschichtlichen Nachruf.

Der Hauptspion Napoleons I. ist Karl Ludw. Schul-
meister. Seine Abstammung ist etwas dunkel. Der
Name den er führt, ist offenbar erborgt, der Adel, den
er sich beilegt, mehr als strittig. Schulmeister wurde im
Jahre 1770 geboren und erhielt eine sorgfältige Er-
ziehung. Ursprünglich sollte er Kaufmann werden, die
Sucht aber, sich rasch zu bereichern, führte ihn auf eigen-
thümliche Bahnen. Er wurde Schmuggler; eine gute

Vorbereitung für seinen künftigen Beruf. Das Jahr
1805 kam heran, die Zeit der Hauptaktion für Schul-
meisters. Das ungeflümmte Drängen Englands und Ruß-
lands hatten bewirkt, daß Oesterreich, nicht genügend ge-
rüstet, den Krieg gegen Napoleon begann. Oesterreich,
mit aller Welt verbündet, stand in der Stunde der Ent-
scheidung zunächst allein. Die österreichische Armee stand
in Bayern und erwartete die russische Armee, die noch
künftig Tagereisen entfernt war und äußerst gemächlich
heranzückte. Unglücklicherweise war Feldmarschall Biele-
mann Mac von der Hofkriegskanzlei mit den weitest-
gehenden Vollmachten ausgestattet. Mac sei ein Mann
gewesen, der äußerlich emporgelommen, innerlich herab-
gekommen war, ein Pedant durch und durch, auf den
wie angegossen das heisende Wort paßte: „Jeder Mann
besitzt gerade so viel Geisteskraft, als er Verstand braucht.“

Napoleon konnte sich keinen unverständigeren Gegner
wünschen. Seine Absicht bestand darin, die Oesterreicher
kampfunfähig zu machen, ehe die russische Armee heran-
rückte. In dieser verhängnißvollen Zeit näherte sich
Schulmeister dem Feldherrn Mac; er führte sich in guter
Art ein, brachte Nachrichten und erlangte so den Kredit,
dessen er bedurfte. Als die Armee Macs durch die Corps
der Generale Murat und Marmont im Vereine mit dem
Corps Napoleons von einem fast undurchdringlichen Netze
umgeben war, erschien Schulmeister im österreichischen
Lager, erzählte die abenteuerlichsten Lügen von einem
Einfalle der Engländer in Frankreich, von einem Auf-
stande im Rücken Napoleons, von einem forcierten Rück-
zug dieses Feldherrn — und alle diese Märchen fanden
in General Mac einen gläubigen Zuhörer. So kam es,
daß die Gelegenheit zum Durchbruche der feindlichen
Stellung verfaumt wurde, so kam die Katastrophe der
österreichischen Armee, die Kapitulation von Ulm. Schul-
meister hatte es verstanden, Mac vollkommen zu um-
stricken. Das Vertrauen des österreichischen Generals war
soweit gegangen, daß er den Kundschafter Napoleons nach
Stuttgart entsendete, um auszuspäioniren, ob die Franzosen
wirklich sich bereits auf der Flucht befänden. Schulmeister
ehrte von dieser Expedition nicht mehr zurück; er hatte
sich wahrscheinlich zu Napoleon begeben, um diesen zu
verständigen, daß der Augenblick günstig sei, daß er nur
das Netz zuzuziehen brauche, in welchem Mac und die
österreichische Armee gefangen war.

Die weiteren Schicksale Schulmeisters waren überaus
wechselvoll. Er wurde 1805, noch im Jahre der Kapi-
tulation, in Oesterreich verhaftet, entkam auf dem Trans-
port nach Böhmen und wurde dann, dank der Inter-
vention eines französischen Generals, Generalkommissär
der Polizei der Stadt Wien. Später neuerlich verhaftet
und wiederum befreit, tauchte er als Kapitän Charles
auf und machte an der Spitze einer Reitereschar preussische
Offiziere bei der Stadt Wismar zu Gefangenen. Beim
Fürstentage in Erfurt leitete er den Polizeigenannt. Napoleon
bestellte ihn schließlich zum Leiter des gesammten Spio-
nagedienstes. Später zog sich Schulmeister, mit Reich-
thümern von Napoleon überhäuft, nach Straßburg zurück,
wo er ein großes Haus fuhrte. Das Kreuz der Gren-
legion, das er so sehr gewünscht hatte, blieb ihm jedoch
verjagt. Sein Lebensende war ein Trauriges. Vollstän-
dig verarmt, starb Schulmeister 1853 in Straßburg, von
aller Welt gemieden und verachtet. Er liegt auf dem
St. Urbansfriedhof begraben.

Eine seltsame Vorstellung vom Telegraphiren haben
die Chinesen. Sie meinen, daß sich ein mit der
Nachricht beschriebenes Papierröllchen auf dem Drahte
fortbewege und sich jedesmal auf dem porzellanenen
Isolator der Telegraphenstange ausruhe.

„Ich bin ganz wohl, Primarius, und bereit, bitte,
verfügen Sie über mich.“

Sie hatte sich gefaßt und ihre Haltung wieder
gewonnen, aus ihren Augen leuchtete eine ungewöhnliche
Energie.

Der Primarius fixirte sie scharf, dann ergriff er ihr
Handgelenk und hielt es eine Weile prüfend unter den
Fingern.

Vor einem Augenblick noch hätte die Hand gezittert,
aber durch die Herrschaft ihres Willens hatte sich der
Ausgleich in ihrem Organismus wunderbar rasch
vollzogen.

„Vierundachtzig“, sagte er lächelnd, „das geht ja.“
Er gab dem Krankenträger das Zeichen, zur Markose
zu schreiten, und als jetzt der Arzt Tempsty in der
vorgeschriebenen Abjurierung heran kam, verließ er die
Beiden.

Der Moment der Bewußtlosigkeit war bei dem
Kranken eingetreten; sie konnten ihr Werk beginnen.

Sie hatten sich nicht wieder angesehen und Beide
arbeiteten mit Kaltblütigkeit und Akurateffe. Von ihrer
Ruhe und Geschicklichkeit hing ein Menschenleben ab
und sie waren sich ihrer großen Verantwortung wohl
bewußt.

Die Arterie wurde mit einer Seidenligatur unter-
bunden; eine Drainröhre eingelegt; die Wundränder
durch zwölf Metallnähte vereinigt. Rasche Blicke und
knappe Worte wurden getauscht, von hoher augenblicklicher
Bedeutung:

„Schwamm . . . Abtupfen — Finger — Klemme .
Siff . . . Drain —“ rief in Abfällen der Operateur
und sein Assistent vollzog den Befehl ebenso rasch und
bestimmt, als er gegeben wurde.

Die Finger dieser vier Hände, die bewußt und unauf-
hörlich ineinander griffen, als wären sie von einem
Gehirn dirigirt, verrichteten Wunder.

Es war geschehen. —

Der Stumpf war mit einigen Lagen karbolisirter
Watte belegt und mittels einer Gazebinde in zirkulären
und achtersförmigen Touren an dem Kumpf befestigt und
der Operirte, der noch immer in der Markose lag, wurde
hinweggebracht, um in seinem Bett zu erwachen.

Jetzt erst sahen die Beiden in die Höhe und ihre
Augen trafen zusammen in einem langen und freudigen
Blick.

Sofia trat in den reservirten Raum. Ein Diener
folgte ihr mit karbolisirten Wasser, in das sie sofort ihre
Hände tauchte. Er half ihr die blutige Schürze ausziehen
und legte eine frische neben sie hin.

Gleich darauf kam Lazar herein, um sich ebenfalls zu
säubern.

Als der Diener sich entfernt hatte und sie allein
waren, ging er rasch auf Sofia zu und streckte ihr die
Hände entgegen.

Sie saß beim Fenster; der Kopf war gegen die
Stuhllehne zurückgesunken, die Augen hatte sie halb ge-
schlossen und ein krampfhaftes Schluchzen erschütterte ihre
Brust.

„Sofia Alexandrowna, was ist Ihnen“, rief Lazar
und ergriff ihre Hand, die auf der Armlehne des Sessels
ruhte.

Er fühlte, wie diese zitterte, und selbst bewegt, drückte
er sie fest in der seinen. Aber der Krampf, durch die
furchtbare Ueberreizung ihres Nervensystems hervorgerufen,
wollte nicht weichen. So tapfer sie sich bisher bezwungen
hatte, hier war sie machtlos.

„Ich begreife, es hat sie sehr überraschen müssen, mich
so plötzlich vor sich zu sehen“, sagte er leise.

Sie nickte, sprechen konnte sie nicht, und sah ihn an
mit durch Thränen verschleierten Augen, als hätte sie ihn
um Vergebung für ihre Schwäche.

(Fortsetzung folgt.)